

Veranstaltung von „Essen steht AUF“ am 20. Februar 2011

Einleitungsbeitrag von Ratsherr Dietrich Keil

Gegen die Abwälzung der städtischen Finanzkrise auf die Bürger!



Die Essener und
Essenerinnen
haben die
Überschuldung
der Stadt nicht
zu
verantworten



Die Essenerinnen und Essener haben die Überschuldung der Stadt nicht zu verantworten.



Der Haushalt der Stadt Essen betrifft uns alle...



An dieser Schlagzeile ist alles falsch:

1. **Die Stadt spart nicht, sondern kürzt und streicht** an Angeboten und Leistungen für uns Bürger, vor allem für Jugend und Familien, streicht Arbeitsplätze, erhöht Steuern und Gebühren. Von **Sparen**, d.h. Zurücklegen für die Zukunft, kann **keine Rede** sein.
2. Und die Stadt wird **auch nicht „gesund“**. Die Stadtfinanzen Essens sind in einer so **tiefen, strukturellen Krise**, dass es ohne radikale Veränderungen keinerlei Gesundung geben kann. Mag der Essener Kämmerer Klieve auch davon reden, dass Essen die Kurve kriegt. (vorsichtshalber versucht er selber die Kurve zu kriegen als Minister in Rheinland-Pfalz) Tatsache ist: Fast die gesamte **Infrastruktur und Substanz** der Stadt bereits in **Fremdkapital in den Händen der Banken** verwandelt.

Was hat es mit dieser Essener Finanzkrise auf sich? Beginnen wir mit dem Jahr 2010.

In Essen wurden letztes Jahr im **Haushaltsplan** zunächst jährlich **über 400 Millionen Minus** ausgewiesen. Von einem ausgeglichenen Stadthaushalt, der nicht mehr ausgibt als er einnimmt, ist das mit **400 Mio Defizit oder auch Verlust** weit entfernt. Das bedeutet wie schon in den vergangenen etwa 15 Jahren: Von der Stadt muss ein sog. „**Haushaltssicherungskonzept**“ erfüllt werden. In 2010 sollten dafür rund **110 Millionen**, in den nächsten Jahren noch mehr, „konsolidiert“ werden, das ist das offizielle Wort außer „Sparen“ dafür, dass die überschuldete Stadt solange Leistungen und andere Ausgaben kürzt, bis die Aufsichtsbehörde in Düsseldorf erstmal besänftigt ist.

Dieser sog. Konsolidierungsbeitrag oder auch die Essener „**Giftliste**“, die zu Lasten der BürgerInnen geht, verringerte das geplante Defizit des Haushalts auf unter 300 Millionen.

Defizit-Haushaltsplan der Stadt bis 2014

Geringere Einnahmen (blau) als Ausgaben (rot)

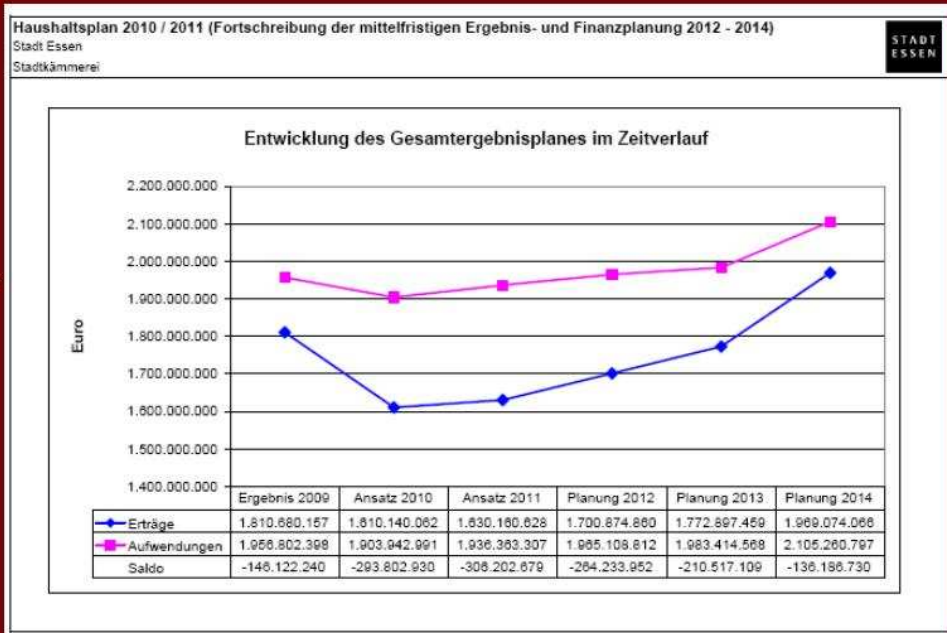
Das „Spar“programm („Giftliste“) ist bereits eingerechnet

Zwischen den beiden Linien:
Der jährliche Verlust bzw. das Defizit, das die Verschuldung rasant erhöht.

In der letzten Zeile der geplante Verlust in Euro

Der Absturz bei den Einnahmen 2010 ist so stark nicht eingetreten.

Der Anstieg der Erträge bis 2014 ist eher Wunschdenken



Hier ist die strukturelle Finanzkrise der Stadt in zwei einfachen Kurven abzulesen. Die obere **rote Linie** sind die **jährlichen Ausgaben** im Bereich von fast zwei Milliarden, die untere **blaue Linie** sind die geplanten **Einnahmen** der Stadt. Sie liegen pro Jahr **knapp 300 Millionen darunter**. Diese Defizite, die schon seit Jahren gemacht werden, sind die **Quelle der Finanzkrise**. Sie treiben die Schulden hoch und die Stadt in die Pleite.

Jetzt am Jahresende stellte sich heraus, dass die Einnahmen, v.a. bei der Gewerbesteuer, nicht so steil abfielen wie hier in der blauen Kurve erwartet, sodass der Verlust in 2010 auf etwa 200 Millionen sinkt. Und schon gibt es überall zufriedene Gesichter im Rathaus, als würde jetzt der städtische Haushalt gesund. Von wegen! Allenfalls das **Tempo des Sturzes** in den Abgrund der Überschuldung **verlangsamt** sich etwas.

Schauen wir diese Überschuldung etwas genauer an. Damit dieses **Minus** wie in den Jahren zuvor überhaupt geschultert werden kann, und um die gesetzlich vorgeschriebenen **Pflichtaufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge** halbwegs bewältigen zu können, wurden und werden die **Schulden der Stadt rasant erhöht**.

Die Schulden der Kulturhauptstadt



2010: 2 878 Millionen

2011: 3 124 Millionen

2012: 3 384 Millionen

(Haushaltsplan 2011/2012)



als die Zinszahlungen...



...für den Profit der Banken!

Sie betragen inzwischen **über drei Milliarden Euro**. Das sind **nicht etwa Kredite für Investitionen** in die Infrastruktur der Stadt, wir würden das Anschaffungen auf Pump nennen - die machen nicht mal 20 Prozent aus. Nein, den Löwenanteil bilden mit **ca. 2,5 Milliarden die sog. Kassenkredite**, das sind praktisch Dispokredite der Stadt für die laufende Verwaltungsarbeit, für die Gehälter usw. - und zur Bedienung der immensen Schuldzinsen. **Bankschulden machen um Zinsen zahlen zu können**, gehört inzwischen zum Hauptgeschäft der städtischen Finanzpolitik – eine Spirale nach unten. Die Essener **Zinszahlungen** betragen derzeit **100 bis 150 Millionen jährlich!** Sie sind eine **Hauptquelle der stetigen Verschuldung und zugleich der risikolosen Bereicherung der Gläubigerbanken**. Die streikenden Erzieherinnen haben völlig Recht, es sollte um sie und die Kinder gehen statt um den Profit der Banken.

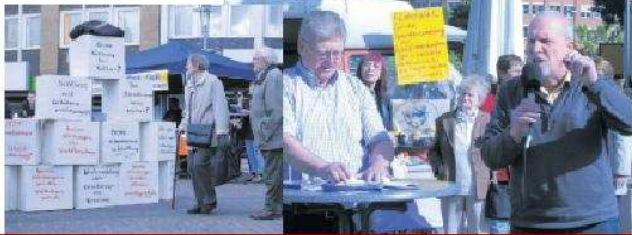
Gemeinsam gegen Giftlisten!

Unter diesem Motto führte ein Beteiligter von WER ALS Mülheim, der Erlebten WER-Liste, dem Erlebenverband Courage und weiteren Personen am 25. September eine Aktion vor dem Mülheimer Forum durch, die auf großes Interesse und Zustimmung stieß. Die Aufsteller auf der Protestwand sprachen das Missfallen aus dem Forum, dem die Mülheimer des Mülheimer Stadtrats sich richten sich gegen die hohen Mieten der Mülheimer Bevölkerung! Kürzungen und Gebührenerhöhungen, Radwegbau und Schließungen wichtiger Einrichtungen im Bildungs-, Sozial- und Jugendbereich können nicht hinzunehmen werden. Außerdem werden die Staatsanwaltschaften informiert.



Oben und links: Mitglieder von WER ALS Mülheim im angeregten Gespräch mit Mülheimer Bürgerinnen und Bürgern

Unten rechts im Bild: Gerhard Schweitzerhof, Stadtverordneter von WER ALS Mülheim bei seiner Ansprache, in der er die Kürzungen im sozialen Bereich kritisiert



Kommunalpolitik von unten

Straßenaktion in Mülheim
Demo am 20.3.2010 in Essen



Diese hohen Zinszahlungen an die Banken dürften in den nächsten Jahren das sog. „Sparprogramm“ oder „Giftliste“ übersteigen, mit der die Essenerinnen und Essener zur Kasse gebeten werden. Dass die Bürger für Zinsprofite der Banken bluten sollen, damit finden wir uns nicht ab – wir sagen: **AUFstehen gegen die Abwälzung der Krisenlasten!**

Juni 2010 - Die Essener „Giftliste“: 110 Mio v.a. bei Schule und Bildung, bei Krankenhilfe/ Pflege/ Grundsicherung im Alter und in der Kinder- und Jugendarbeit, bei Mietern, beim Parken...

Hier einige ausgewählte Beispiele:

Höhere Einnahmen bei Gebühren, Steuern

- Höhere Parkgebühren 3,25 Mio
- Anhebung Grundsteuer B 62,80 Mio.
- Entgelterhöhung VHS 0,43 Mio.
- Erhöhung Hundesteuer 1,34 Mio.
- Erhöhung weiterer Gebühren (z.B. Entwässerung) und Entgelte (Folkwang-Musikschule, Bibliotheken etc.)



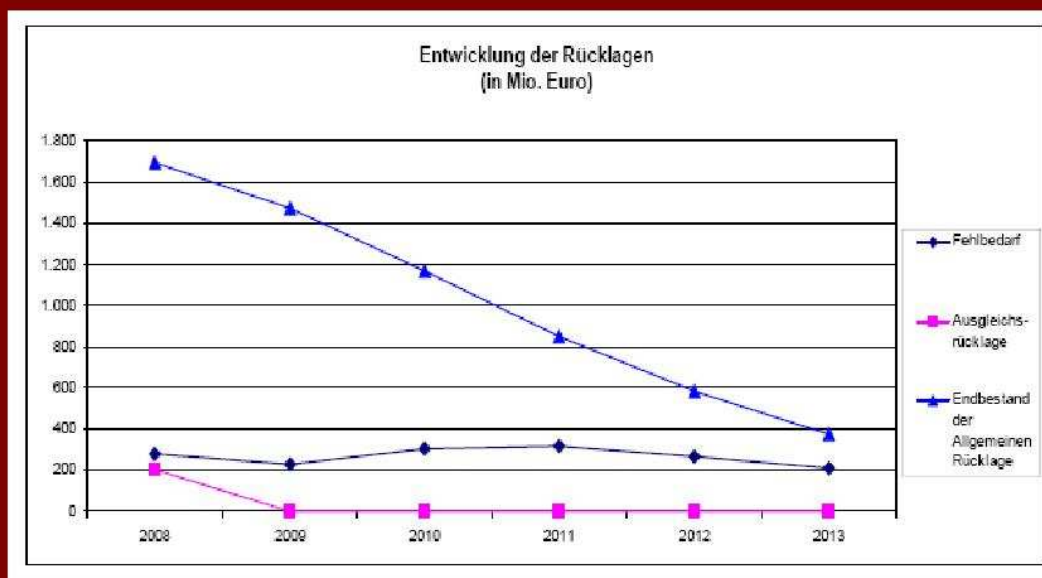
Einsparungen durch Kürzungen, Schließungen, Personalabbau etc.

- Abbau von 500 Stellen in der Kernverwaltung 10,00 Mio.
- Förderung von Migrantenkindern durch Studenten mit Hintergrund 0,36 Mio.
- Weniger Betreuung von Schwerstabhängigen 0,66 Mio.
- Weniger Zuschüsse an Träger von Kitas 1,29 Mio.
- Kürzungen bei offener Kinder- und Jugendarbeit 1,40 Mio.
- (der sog. „Jugendaufwandswert“ soll von 117 € pro Einwohner auf 110 € gesenkt werden)
- Reduzierung Bauunterhaltung 17,18 Mio.
- Reduzierung Schulausstattung Grundschulen 1,02 Mio.
- Reduzierung Schulausstattung Hauptschulen 1,32 Mio.
- Kürzung Sachmittel und Dienstleistungen der Ämter 1,60 Mio.
- noch 10 Posten der Kinder und Jugendarbeit (z.B. Schulumilch geschmacklos)

Der Essener **Schuldenberg** beträgt inzwischen fast das **Doppelte der Haushaltseinnahmen** von ca. 1,7 Milliarden im Jahr. Bundesweit steht die Stadt damit mit an der Spitze der **kommunalen Überschuldung**. Die Summe von über drei Mrd an Schulden ist nur schwer vorzustellen. Aber wenn wir uns ausmalen, die Stadt würde ihre gesamte Verwaltung einstellen, das Rathaus schließen und keinen Cent mehr dafür aufbringen: Dann würde es **acht Jahre** brauchen, bis drei Milliarden zusammen sind! Oder: Umgerechnet ist **jeder Essener Einwohner**, auch wir hier, unsere Kinder, Enkel, Großeltern – dadurch **mit über 5400 Euro verschuldet**. Diesen Schuldenberg abzutragen ist eine völlige Illusion.

So steuert Essen in die Pleite

Das noch verbliebene Eigenkapital („Rücklagen“, blau) sinkt gegen Null durch die jährlichen Verluste („Fehlbedarf“, schwarz). Etwa 2015 gehört die Stadt ganz den Banken.



Dabei wäre die Essener Stadtverwaltung eigentlich gesetzlich verpflichtet, **Rücklagen** als Eigenkapital zu bilden und zu erhalten. Fakt ist aber: Essen wird in den nächsten Jahren sein **gesamtes Eigenkapital verlieren**. Grundlage für das Eigenkapital der Stadt ist **ihr Vermögen**. In der Bilanz belaufen sich alle Straßen und Grundstücke der Stadt, ihre Wälder und Bäume und Verkehrseinrichtungen, die Schul- und Verwaltungsgebäude, ihre Beteiligungen an städtischen Gesellschaften usw. auf **etwa 6,5 Mrd**. Die Bewertung all dieser Dinge in Geld ist dabei ziemlich umstritten, und ebenso, was davon als Deckung für das seit Jahren schrumpfende Eigenkapital gilt.

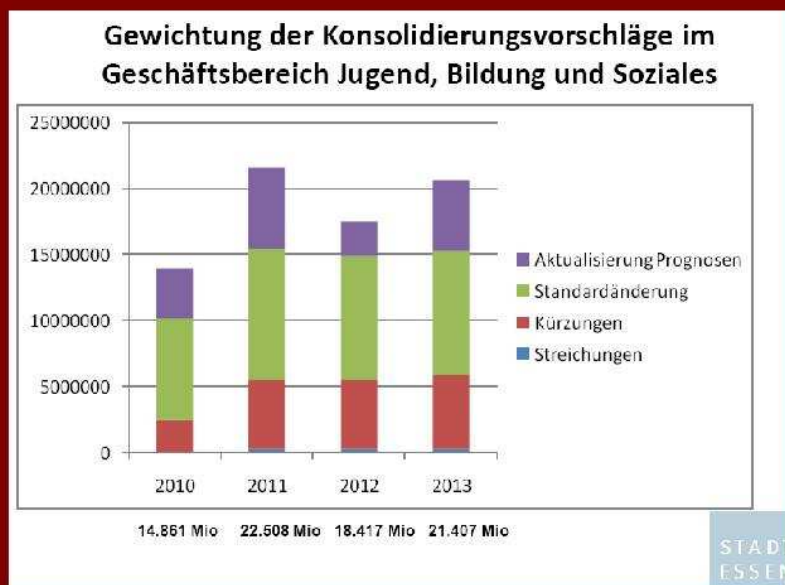
Ihr seht hier, dass in nur **fünf Jahren** das **2008 noch verbliebene Eigenkapital von etwa 1,7 Milliarden auf unter 0,6 Milliarden gesunken** sein wird. In diesem Tempo der voranschreitenden Verschuldung wird Essens Eigenkapital **etwa 2015**, vielleicht auch ein Jahr später, **vollständig aufgebraucht** sein. Die Stadt wird dann sämtliche Gebäude, Straßen und öffentlichen Einrichtungen in **das Eigentum von Banken und Finanzspekulant**en übergeben haben.

Ohne Eigenkapital **verliert die Stadt vollends jegliche Entscheidungskompetenz**. Die **kommunale Selbstverwaltung**, die auch bisher schon von uns als **Farce** bezeichnet wird, wäre damit **vollends liquidiert**. Wenn Essen kein Geld mehr hat, dann wird die Stadt dem nächst **höheren Staatsorgan** oder einem Sparkommissar

unterstellt. Und wenn der Rat der Stadt anders lautende Beschlüsse fasst, sind diese nichtig. So hat der Düsseldorfer Regierungspräsident der Stadt **Solingen** Ende 2009 offen damit gedroht, den Stadtrat aufzulösen, wenn er sich nicht an seine Haushaltsauflagen hält. Vor etwa einem Jahr erschien sein Abgesandter auch im Essener Rat und hielt dort eine Standpauke, zu der alle Parteien außer „Essen steht AUF“ schwiegen.

„Kommunale Selbstverwaltung“ in der Krise

Am größten Ausgabenbrocken der Stadt sollen in vier Jahren fast 80 Mio „gespart“ werden – v.a. durch drei Methoden:



Prognosen des Bedarfs schön rechnen

Standards bei Leistungen, bei Betreuung und Gruppengrößen, bei Gebäuden usw. herabsetzen

Kürzungen bei Leistungen sowie Sachaufwand und Personal

Für die Bürger hat die verordnete sog. „Spar“politik **verheerende Folgen**. In einer Stadt mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit wie Essen sind die Ausgaben von **knapp 400 Mio für Kinder, Jugend und Familien sowie für Sozialleistungen** mit Abstand der größte Brocken. Hier seht ihr, dass gerade in diesem Bereich in vier Jahren **80 Millionen Ausgaben „gespart“** werden sollen!

Wie das geht? Man rechnet einfach die **Prognosen** der Entwicklung, etwa die Zahl der Bedarfsgemeinschaften bei Hartz IV oder der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt herunter. Man setzt die **Standards** z.B. bei der Gebäudeunterhaltung, bei Gruppengrößen oder bei der KiTa-Betreuung auf 25 Stunden herunter. Man **kürzt die Leistungen** an die Hilfe Berechtigten bei Behinderten und Pflegebedürftigen, **kürzt bei Personal** der Einrichtungen und auch der Ämter, kürzt deren Sachmittel. So wird auf Kosten der Familien, der Armen und auf Hilfe Angewiesenen gnadenlos die **Lebensqualität gesenkt**.

Wir von *Essen steht AUF* sagen: Das kennzeichnet eine **offene Krise der kommunalen Selbstverwaltung**. Sie hat vor allem die Auswirkung, die **Daseinsvorsorge** für die Menschen infrage zu stellen. Denn rund **70 Prozent des Alltags** - wie Mobilität, Kinder und Jugend, Pflege und Heime, Bildungs- und soziale Einrichtungen und Angebote - sie werden durch **kommunale Vorgaben** bestimmt oder beeinflusst.

Die „Lebenslüge“ vom Sozialstaat und seinen sozialen Kommunen

Solidarisches Gesundheitswesen?

Ausreichende Altersrente?

Kommunale Selbstverwaltung?

Es reicht!



In anderen sozialen Bereichen ist die **Krisenhaftigkeit** nicht anders. Auch das **Gesundheitswesen** steht ständig vor der Zahlungsunfähigkeit. Wie viel Gesundheitsreformen haben wir in den letzten 20 Jahren schon erlebt? Das Ergebnis ist ebenfalls der Ausbruch einer offenen **Strukturkrise im Gesundheitswesen**.

Auch die **Renten sind längst nicht mehr sicher!** Mit der **Riesterrente** wurde nicht nur eine Abkehr vom Solidarprinzip beschlossen, weil sie allein auf Kosten der Versicherten geht. Man wird auch zu einer **Zusatzversicherung gezwungen**, weil die Rentenbemessung rapide gesenkt wurde. Diejenigen, die dieses Geld nicht haben, treiben **direkt in eine Altersarmut**.

Wir werden erleben, wie die **Sozialsysteme in der nächsten Zeit grundsätzlich in Frage gestellt** werden. Die Krise der Kommunalfinanzen und die Abwälzung ihrer Folgen auf die Bürger gehören dazu. Man braucht kein Wahrsager zu sein, um **unruhige Zeiten für diese kapitalistische Gesellschaft** vorauszusagen, wie wir sie gerade – sehr ermutigend - in anderen Teilen der Welt erleben.

Wer etwas verändern will muss AUFstehen!



Frauen in Tunesien



„Victory“ in Ägypten



Natürlich wären in Deutschland wie in Ägypten rein rechnerisch die Probleme lösbar, wenn man das gigantische **Vermögen der Superreichen heranziehen** würde. *Essen steht AUF* tritt deshalb dafür ein, durch eine **umsatzbezogene Sozialsteuer** die gesamten **Sozialversicherungen durch die Unternehmer finanzieren** lassen. Das würde auch Städte und Gemeinden entschieden entlasten.

Man könnte aber so durch Steuern und Abgaben vor allem die **Lage der Mehrheit der Menschen erleichtern**. Aber das ist im Kapitalismus **nur beschränkt** möglich. Denn sein ganzer Zweck besteht ja in der möglichst unbeschränkten Profitmacherei für die Kapitalisten. *Essen steht AUF* **fördert deshalb alle Kämpfe** und Zusammenschlüsse, die sich damit nicht abfinden wollen und **gegen die Abwälzung der Krisenlasten AUFstehen!**

Liebe Freunde, die rapide steigende Verschuldung der Stadt bedeutet inzwischen eine **weitgehende Einschränkung ihrer Investitionen und Leistungen**, Die **Substanz** der öffentlichen Infrastruktur und Gebäude **verkommt** immer mehr, die soziale Lage und die notwendigen Angebote an die Menschen werden aufs Spiel gesetzt.

Kaum noch Investitionen in Infrastruktur für mehr Lebensqualität:



Für Verkehrsbauten, für Gebäude und Einrichtungen gerade mal zwei (!) Prozent der Gesamtausgaben der Stadt. Für Zinsen an die Banken dagegen das Vierfache!
Mit diesen Folgen...?



5000 **Schlaglöcher** nach dem eisigen November/Dezember sind in Essen bereits gemeldet, täglich kommen 150 dazu. Doch über die Jahre hat die Stadt einen **Stau von 42 Mio bei der Straßeninstandhaltung** auflaufen lassen. **Statt 12 Mio jährlich** für halbwegs befahrbare Straßen werden **nur 5 Mio** ausgegeben, seit Jahren. Damit steigt der Stau weiter an und **Essens Straßen verkommen**. Man muss mal dagegen halten, dass jetzt unglaubliche **200 Mio gefordert** und womöglich auch gezahlt werden allein für Essens **Pleite-Messe**. *Essen steht AUF* ist strikt dagegen.

Mit einer solchen Finanzpolitik wird die **Zukunft** als einigermaßen lebenswerte Stadt **aufs Spiel gesetzt!** Denn **Investitionen in neue** Straßen, Gebäude und Einrichtungen, also **nicht nur in den Erhalt**, sondern in die **Verbesserung** der Substanz sollen in den nächsten vier Jahren jährlich gerade mal **25 bis 35 Mio** und damit **ein Viertel der Zinszahlungen** an die Banken betragen. Das sind nicht mal 2 Prozent der bis 2014 geplanten Gesamtausgaben. Wir von *Essen steht AUF* halten das für eine **Bankrotterklärung!**

Liebe Freunde, wir sehen: Seit Jahren ist der **städtische Haushalt unterfinanziert** mit der Folge schnell wachsender **Überschuldung** – woher kommt das? Die galoppierende Überschuldung hinein in die auch vom Oberbürgermeister Pass festgestellte „Schuldenfalle“ ist in erster Linie die **Folge des Systems der kommunalen Finanzierung** und nicht von zu teuren Reinigungskräften oder Hausmeistern in Essen, auch nicht von mancher Verschwendung usw. Diese **Krise der Kommunalfinanzen ist eine Strukturkrise**, keine „Schieflage“, wie es im Rathaus immer gerne heißt.

Vom **Gesamtsteueraufkommen** in Deutschland erhalten die Städte und Gemeinden **gerade mal 13 Prozent**. In Dänemark erhalten die Kommunen **40%** des Steueraufkommens und sind damit weit von den Problemen deutscher Städte entfernt. Im **Krisenjahr 2009** ging das Steueraufkommen der BRD um **rund 20% zurück**. Das **kommunale Defizit** stieg in der Folge bundesweit im Jahr **2010 auf 10 Milliarden**. Es ist eigentlich unglaublich, aber die Städte und Gemeinden haben **keinerlei Einfluss auf die Steuerpolitik** der BRD für ihre eigene Finanzierung. Die wird in Berlin

oder Düsseldorf ohne ihre Beteiligung bestimmt. In der Folge stehen immer mehr Kommunen vor der **Pleite** oder sind es schon.

Die Bürger werden stärker belastet

Kommunen wollen Gebühren anheben.

Von Markus Sievers

BERLIN. Auf die Bürger kommen zusätzlich zur Erhöhung der Krankenkassenbeiträge im Janu-

aus. Zwar hat die schwarz-gelbe Bundesregierung den Kommunen mehrfach eine Entlastung in Aussicht gestellt, zuletzt bei den Ver-



Kommunen mit größtem Haushaltsloch seit 60 Jahren

Berlin. Trotz boomender Konjunktur sind die Haushaltslöcher der deutschen Kommunen so groß wie nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Gemeinden steuern deshalb mit Sparpaketen und höheren Gebühren gegen, so der Deutsche Städtetag.

Die Kämmerer mussten 2010 ein Rekorddefizit von 9,8 Milliarden Euro hinnehmen und erwarten auch für das laufende Jahr ein Minus von 9,6 Milliarden Euro. „Der Auf-

Folgen der Pleite

Fast alle Städte erhöhen ihre Gebühren

Umfrage unter 300 deutschen Kommunen

Klamme Kommunen

Nur Kleckerbeträge

Sven Frohwein

Dieser Satz muss die Politik alarmieren: Das Wachstum im Jahr 2010 hat die Finanzprobleme der meisten Kommunen nicht beseitigen können, schreiben die Berater von Ernst & Young in ihrer aktuellen Umfrage. So sehr sie sich auch abstrampeln, immer neue Einnahmequellen aufzutun, geholfen hat es den Städten und Gemeinden

Niemand anderes als die Bürger soll das ausbaden. Wo immer möglich, werden **Gebühren erhöht** für kommunale Dienstleistungen. Damit ist der **Finanzkrise** aber nicht beizukommen. Denn laufend wurden und werden **Gesetze und Verordnungen** erlassen, deren **Finanzierung auf die Kommunen abgewälzt** wird. Z.B. dadurch, dass der Bund seinen Anteil an den **Unterbringungskosten für Hartz IV-Empfänger** erneut senkt und damit die Kosten für die Stadt weiter steigen. Oder die Vorgaben im Bereich der **Kindertagesstätten**: für U3 und Ü3 werden Richtzahlen erlassen, aber keine oder zu wenig dafür erforderliche Mittel bereitgestellt. In der Folge wird z.B. in Essen die **Qualität** für Kinder, Eltern und Beschäftigte **gesenkt**.

Das alles hat inzwischen **Umfang und Format einer Systemkrise** erreicht, die nicht mehr „zurückgedreht“ werden kann. Und deshalb **radikale** Maßnahmen erfordert. Politisch empörend ist, dass für diese Politik unsere **Mitbürger bluten sollen**, die die kommunale Finanzkrise nicht im Geringsten zu verantworten haben und deshalb niemandem irgendein „Opfer“ schuldig sind. Deswegen hat **Essen steht AUF alle Kürzungen, Streichungen und Erhöhungen**, die auf ihre Kosten gehen, **abgelehnt** – und damit den **gesamten Haushalt** in diesem Jahr wie in den Vorjahren.

Die Schuldenfalle der Städte ist erkannt...

...erfordert aber radikale Maßnahmen!

Deutscher Städtetag
18. November 2010

Städte müssen handlungsfähig sein – nachhaltige Entlastungen sind überfällig!

Berliner Resolution der deutschen Städte zur kommunalen Finanzlage

Für die Lebensqualität der Menschen in unserem Land und für den Erfolg des Wirtschaftsstandorts Deutschland sind die Güte und die Verlässlichkeit kommunaler Leistungen entscheidend. Auch bei der Bewältigung der großen gesellschaftlichen Aufgaben wie Chancen-

RHEINISCHE POST
Montag, 27. Juni 2010

Städte in Not

Die Steuereinnahmen wachsen, dennoch nimmt das Defizit der Kommunen zu. Ursache sei, klagen die Gemeinden, dass der Bund ihnen immer neue Aufgaben zuweist.

VON GERNARD RIMMER

KÖLN (dapd) Die schwerste Wirtschaftskrise seit vielen Jahren ist vorbei, und die Steuereinnahmen steigen wieder. Eigentlich sollte es wie Hund und Ländchen auch den deutschen Städten in einsetzender Aufschwung allmählich besser gehen. In Wahrheit aber schließen die Kommunen 2010 als das finanziell bisher schlechteste Jahr der Nachkriegsgeschichte ab. Auf rund elf Milliarden Euro bedient die Ausgaben für die Umkehrkurve von Hartz-IV-Besetzern, die Grundschulpflicht älterer Menschen mit auf geringere Rente, die Instandhaltung für Pflegebedürftige und die Eingliederung Behinderteter sind gegahlet explodiert und steigen weiter.

Wenig bis gar kein Spielraum bleibt angesichts dieser Pflichtausgaben noch für soziale Vorsorge, die den Kommunen laut Artorius viel wichtiger wäre. Es ist doch besser, Geld dafür zuzugewinnen, dass die Kommunen relevanten Gesetzentwürfen verbindlich beizuschreiben die kommunalen Spitzenverbände.

INFO

NRW-Kommunen

135 der 427 Kommunen in Nordrhein-Westfalen wirtschaften nur mit eingeschränkter finanzieller Spielraum nach dem Haushaltszielungsgrundsatz

Bündnis für alternative, unabhängige und kommunale politische Entscheidungsfindung

Essen steht AUF!

Montag, 27. Juni 2010

Presseinformation

„Essen steht AUF“: Entschuldigung der Stadt nötig

Resolution zur Haushaltsberatung vorgeschlagen

Nach Ansicht des Wahlbündnisses „Essen steht AUF“ geht es bei den Haushaltsberatungen auf der Ratssitzung am kommenden Mittwoch um eine Einmütigkeitserklärung. Die Stadt sollte wie eine Rückgeber zu ihrer kommunalen Selbstverwaltung, die diesen Namen verdient, zu kämpfen bereit sein.

In kurzer Zeit melten sich von beiden über Bürgermeister in NRW. Fortgeschritten gehen die

Das kommunale Finanzdesaster wird auch in der Öffentlichkeit inzwischen diskutiert, und der **Deutsche Städtetag** fordert eine **Entlastung der Städte und Gemeinden**. Doch um die **Ursachen und um eine reale Lösung des Problems** wird ein Bogen gemacht. Derzeit tagt zwar in Berlin eine Gemeindefinanzkommission, aber herausgekommen ist bisher nur der Versuch, die Zustimmung der Kommunen zum gerade verhandelten Betrag an den Hartz IV-Berechtigten zu erkaufen mit 3,5 Mrd für die Hilfe zum Lebensunterhalt, die bisher von den Kommunen aufzubringen ist. Doch das sind **Kleckerbeträge** angesichts der **riesigen Defizite** der Städte und Gemeinden.

Wir treten dafür ein, dass die **Verursacher** für die Folgen der strukturellen Finanzkrise der Kommunen **aufkommen sollen**. Was bei den Banken mit den „bad banks“ zur Schuldenabschreibung problemlos möglich ist, wie jetzt gerade bei der WestLB in Düsseldorf - warum nicht auch für Kommunen? Wir wenden uns **entschieden dagegen**, dass **Banken sich risikolos bereichern** an den Zinsen der Kommunalkredite, und Kommunalkapital so in Bankkapital verwandelt wird. Das ist klassische **Umverteilung von unten nach oben auf Kosten der Mehrheit** der Menschen im Land. Stattdessen müssen die **Zinsen und Schulden der Kommunen niedergeschlagen** werden, auf Kosten der Bankprofite.

NEIN zum Raubbau an der Stadt – JA zu einem kämpferischen kommunalen Widerstand!



- *Aktiver Widerstand gegen den Abbau sozialer Errungenschaften in Essen! Ausgaben für Jugend und Sport, Kinder und Kultur sind keine "freiwilligen", sondern Pflichtleistungen!*
- *Kein Arbeitsplatzabbau bei der Stadt - Erhöhung der Anzahl der Auszubildenden!*
- *Weg mit den undemokratisch-diktatorischen Maßnahmen gegenüber Kommunen und mit der Politik der Einschüchterung!*

Statt der jetzigen in den Abgrund führenden Finanzpolitik tritt *Essen steht AUF* für eine wirkliche **Finanzreform** ein, die sich nach den **Bedürfnissen der Städte** und ihrer Menschen richtet, und eben **nicht nach den Interessen der Banken**. Zweitens treten wir für tatsächlichen **Zinserlass und Schuldenabbau der Kommunen** ein. Dem stimmte im Rat der Stadt niemand zu, weil dieser Weg weiter denkt als der Kapitalismus erlaubt. Und doch gibt es keinen anderen Weg als den, dass die Verursacher in Banken und Konzernen, in Bundes- und Landespolitik für die Folgen der Krise bezahlen.

Das erfordert den **aktiven Widerstand gegen den Abbau sozialer Rechte** und Errungenschaften, **gegen Arbeitsplatzabbau** bei der Stadt und **gegen die undemokratischen Maßnahmen** gegenüber Kommunen – für andere Lebensverhältnisse, als man sie uns hier und anderswo aufzwingen will! - Danke